

Die Alliierten gegen den deutsch-russischen Vertrag.

Der Sturm auf gegen das Abkommen.

Der Wortlaut des Vertrags.

Genoa, 18. April. Der deutsch-russische Staatsvertrag hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung, vertreten durch Dr. Walter Rathenau, und die Regierung der russischen sozialistischen Republik, vertreten durch Tschitscherin, sind über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1: Beide Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Rußland aus der Zeit des Kriegszustandes auf folgenden Grundlagen geregelt sind:

a) Das Deutsche Reich und die russische Sowjetrepublik verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kriegskosten sowie auf Ersatz der Kriegsschäden, sowie der Schäden, die ihnen und ihren Staatsangehörigen im Kriegsgebiet durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Dergleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der zivilen Schäden, die den Angehörigen des einen Teiles durch sogenannte Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.

b) Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen einschließlich der Frage der Behandlung aller in Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

c) Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf die Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene; ebenso verzichtet die deutsche Regierung auf die Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die russische Regierung verzichtet ihrerseits auf die Erstattung des Erlöses aus den von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesem requirierten und nach Deutschland gebrachten Heeresgutes.

Artikel 2: Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige oder auf ihre Privatrechte, sowie auf Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland, die sich aus von der Sowjetregierung oder ihren Organen gegen deutsche Reichsangehörige oder ihre privaten Rechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Sowjetrepublik auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht bewilligt.

Artikel 3: Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetrepublik werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

Artikel 4: Beide Regierungen sind ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Weisbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Weisbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte oder Erleichterungen, die die russische Sowjetregierung einer anderen Sowjetrepublik oder einem solchen Staat gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war.

Artikel 5: Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gebankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6: Die Artikel 1b und 4 dieses Vertrags treten mit der Ratifizierung, die übrigen Bestimmungen dieses Vertrags sofort in Kraft.

Der Beweggrund zum Abschluß des Vertrags.

Berlin, 19. April. Die „Post“ schreibt: Deutschland hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt, den Vertrag schon in Berlin zu schließen. Daß es das nicht tat, war in erster Linie ein Akt der Höflichkeit gegenüber der Konferenz von Genoa und den einladenden Mächten. Deutschland kam zur Konferenz vollkommen unvorbereitet. Zur großen Ueberraschung der deutsch-russischen Regierung ist nun dort den beteiligten Mächten eine umfangreiche, vorläufige Vereinbarung vorgelegt worden, die zwischen den Sachverständigen der alliierten Länder in London beschloffen worden ist. In dieser Vereinbarung wird ausdrücklich jedes Recht aus Artikel 116 des Versailler Vertrags den Russen vorbehalten, ohne daß den Deutschen Gelegenheit geboten wurde, ihren Stand-

punkt dazu irgendwie zur Geltung zu bringen. Die deutsche Delegation mußte damit rechnen, daß auch in Genoa die zwischen den alliierten Mächten und den Sowjetvertretern gepflogenen Verhandlungen ohne Beteiligung Deutschlands zu einem positiven Ergebnis führten. Unter diesen Umständen blieb der deutschen Regierung nicht anderes übrig, als die Berliner Verhandlungen in Genoa wieder aufzunehmen, um wenigstens ihre allerdringendsten Interessen zu wahren. Die deutsche Regierung ist überdies beim Abschluß des Vertrags ängstlich bemüht gewesen, die Verhandlungen der Alliierten mit Rußland hinsichtlich der Sozialisierungsschäden nicht zu präjudizieren. — Das Blatt nennt den Vertrag einen Akt europäischer Solidarität, der sich gegen keinen der anderen europäischen Staaten richte, sondern vielmehr den Wünschen und Ansprüchen, die alle anderen an Rußland interessierten Mächte zu stellen berechtigt seien, die Wege ebne.

Englische Stimmen.

London, 18. April. Zum Abschluß des deutsch-russischen Vertrags in Genoa dröhete der gut unterrichtete „Student of Politics“ des „Daily Chronicle“ aus Genoa, man tue gut, wenn man gegenüber diesem Vertrag Zurückhaltung übe. Die Einwände richteten sich weniger gegen die tatsächlichen Bestimmungen des Vertrags, als vielmehr gegen die Umstände, unter denen er zustande gekommen sei. Es sei verständlich, daß die Russen von dem Abkommen entzückt seien, indessen sei es nicht verständlich, daß Deutschland mit ihm gewonnen habe, wenn er nicht geheime finanzielle Klauseln enthalte. Daß Deutschland es der Mühe für wert gehalten habe, das Abkommen abzuschließen, sei ein starker Grund für eine Regelung mit Rußland, für die Lloyd George bereits seit längerem eingetreten sei. Der eigentliche Einwand gegen den Vertrag liege darin, daß er, obwohl unter der Regide von Genoa zustande gekommen, doch verräterisch an dem gesamten Geist der Konferenz handele. Die Konferenz sei einberufen worden, um den Wettbewerbübereinkommen ein Ende zu machen. Der deutsch-russische Vertrag dagegen, so vernünftig auch seine Bestimmungen seien, sei ein Beispiel gerade des Wettbewerbs, zu dessen Beendigung die Konferenz einberufen worden sei. Daß der Vertrag das Ende der Genueser Konferenz bedeuten könnte, davon sprächen jedoch nur die Leute, die niemals gewünscht hätten, daß die Konferenz stattfindet. „Daily Chronicle“ schreibt, die Unterzeichnung des Vertrags sei der Zeit nach vielleicht nicht taktvoll und werde den Kritikern viel Anlaß zu Geschrei geben, indessen brauchten vernünftige Beobachter nichts an den Vertragsbestimmungen auszusagen. Es sei kein neuer Grund dafür aufgestellt, denn die diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die der Vertrag wieder herstelle, beständen bereits zwischen der Sowjetregierung und einer großen Anzahl von Regierungen, die in Genoa vertreten seien. Außerdem frischen beide Länder fast alle gegenseitigen Forderungen und dies erscheine als der einzig richtige Weg für diesen Fall, da beide Länder insolvent seien. — Die „Times“ schreiben, der deutsch-russische Vertrag sei ein Schlag für die Konferenz und eine vorläufige Beleidigung der Ententemächte und aller zu der Konferenz eingeladenen Mächte. Vielleicht hätten sich die Deutschen, bevor sie diesen verhängnisvollen Schritt taten, vergewissert, daß die Grenze der Zugeständnisse erreicht und nichts mehr aus der Konferenz herauszuholen sei. Der Vertrag stöhle das reine Einberufen und Zusammenwirken zwischen dem englischen und französischen Volke, das die erste Bedingung zur Wiederherstellung und Sicherheit Europas sei. Die „Times“ geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Ententemächte und besonders England und Frankreich, den Deutschen und den Bolschewisten klar machen, daß man den Alliierten nicht ungestraft trocken und ihrer Spotten dürfe.

London, 18. April. Eine Neutermeldung aus Genoa besagt: Obgleich die Nachricht vom Abschluß des deutsch-russischen Vertrags wie eine Bombe eingeschlagen habe, sei man der Ansicht, daß der größte Teil des Vertrags nicht von großer Bedeutung sei. Man sei jedoch anderer Ansicht bezüglich der Abmachung betreffend das Privatvermögen, da man daraus entnehme, daß Deutschland seinen Verzicht auf diese Forderung abhängig mache von dem Verzicht der Alliierten auf Privateigentums-Ansprüche. In dieser Frage hätten die Alliierten bereits endgültig erklärt, daß sie nicht um einen Zoll nachgeben können. Man sei der Ansicht, daß der deutsch-russische Vertrag der erste Schritt zu einem deutsch-russischen Bündnis sei.

Die übliche französische Aufregung.

Paris, 18. April. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz von Poincaré ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem über die Vorgänge in Genoa und die dadurch geschaffene Lage verhandelt wurde. Im Kabinettsrat waren außer dem Ministerpräsidenten nur die Minister

Neueste Nachrichten.

Mit welcher Unversöhnlichkeit die Alliierten heute über die ganze Welt zu herrschen sich annehmen, das geht aus der Note der Großen und Kleinen Entente an Deutschland hervor, die sich gegen das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen richtet, weil es eine Verletzung der Grundsätze darstelle, auf die sich die Konferenz stütze. Diese Behauptung ist natürlich unrichtig und die Stellungnahme der Entente zugleich heuchlerisch, denn erstens ist nirgends in der Konferenz-Einladung eine Klausel enthalten, die die Teilnehmerstaaten verpflichten würde, keine wirtschaftlichen Einzelverträge abzuschließen, zweitens haben bekanntlich die Staatsmänner der Großen wie der Kleinen Entente unter sich und miteinander sich über ihre Haltung auf der Konferenz eingehend besprochen. Da Deutschland noch die Freiheit besitzt, Wirtschaftsverträge abzuschließen, wo und wann es ihm beliebt, so ist dieses Vorgehen der Entente als ein neuer Versuch zu einer vollständigen Vergewaltigung Deutschlands zu betrachten. Die Note ist im Hinblick auf die Haltlosigkeit der Beweggründe denn auch sehr vorsichtig gehalten und die deutsche Regierung wird wohl auch Gelegenheit nehmen, diese Annahme gehörend zurückzuweisen.

Die deutsche Presse begrüßt diesen Schritt der deutschen Regierung zu einer aktiven Politik, die sich gegen die dauernde Bevormundung durch die Entente wendet.

Selbstverständlich ist die Wut in Frankreich am größten, und Havas kündigt schon an, daß Frankreich auf Aufhebung des Vertrags dringen werde. Die englische und italienische Auffassung scheint ruhiger zu sein. Ganz recht hat eine amerikanische Stimme, wenn sie sagt, daß durch die Methoden der Entente Deutschland und Rußland direkt zusammengetrieben wurden.

In Berlin sind wieder 2 türkische Politiker durch Armenier ermordet worden.

Kapp ist auf seiner Reise von Schweden nach Leipzig verhaftet worden.

des Innern, des Handels, der befreiten Gebiete, der Arbeit und der Hygiene, sowie der Unterstaatssekretär für Post und Telegraphie anwesend. Hierzu bemerkt die „Agence Havas“ offiziös: Auf Grund der von Poincaré ihm gegebenen Richtlinien hat der französische Delegierte in Genoa, Barthou, schon jetzt die stärksten Einwendungen vom französischen Standpunkt aus gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrags vorbringen können. Wenn der französische Ministerpräsident im Besitz aller Nachrichten über den gestrigen Tag in Genoa sein wird, wird er mit seinen Kollegen eine Entscheidung treffen und Barthou endgültige Anweisungen erteilen lassen. Wahrscheinlich wird also heute abend eine neue außerordentliche Sitzung des Kabinetts stattfinden, der die französische Antwort gemäß der zwischen den Alliierten in Genoa vereinbarten Haltung ausarbeiten soll.

Eine amerikanische Stimme.

London, 18. April. Einer Neutermeldung aus New York zufolge, schreibt „New York Herald“ über den deutsch-russischen Vertrag: Da Rußland aus den Nationen ausgestoßen ist und da Deutschland durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags gefesselt, da deutsches Gebiet von drohenden, aufsteigenden, fremden Heeren besetzt und da Deutschland mit der Spitze der Bajonette gezwungen worden ist, Abkommen zu unterzeichnen, in denen es sich verpflichtet, unmögliche Reparationen zu leisten, ist das Zusammenrücken Deutschlands und Rußlands unvermeidlich gewesen.

Eine Protestnote der Großen und Kleinen Entente.

Genoa, 18. April. Die in der Villa Raggio versammelten Vertreter von England, Italien, Frankreich, Belgien, Japan, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Rumänien haben nach Besprechungen, die den ganzen Tag gedauert hatten, den einstimmigen Beschluß gefaßt, an die deutsche Delegation eine Note zu richten, worin es heißt: Die unterzeichneten Mächte müssen der deutschen Delegation in freimütiger Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringen, daß der Abschluß eines solchen Vertrags (wie des russischen), während die Konferenz noch tagt, eine Verletzung der Bedingungen bedeutet, die Deutschland selbst sich auferlegt hatte. Als es nach Genoa eingeladen und ihm angeboten worden war, in jeder Kommission auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten zu sein, haben die einladenden Mächte einen Beweis von ihrer Bereitwilligkeit gegeben, die Erinnerungen an den Krieg bei Seite zu setzen und Deutschland die Gelegenheit einer ehrenvollen (?) Zusammenarbeit mit seinen früheren Feinden zu geben. Auf ein derartiges Angebot

1922.
der
lieben
ich.
1922.
Lamparter,
Winz, Friseur.
zum sofortigen
ordentliche, selbst-
schin
Zeugnissen, bei
on, hohem Lohn
neingelobvergütung,
mädchen
Lohn, gesucht
Lohnsheim
e. b. Liebenzell.
nungen
bogen
asch und
g her die
t-Druckerei
ter
r Mann
aus der Schule
welcher radfahren
guibehaltelstelle
nsburische.
unsch Kost und
un Hause, Ein-
oder 10. Mai.
riplische Angebote
9, 87 an die Ge-
dieses Blattes.
ch berichtet
Calmer
blatt über
wissens-
en Vor-
münisse!

guten Willens und der Solidarität für Deutschland mit einem Akt geantwortet, der den Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört. Während die Konferenz noch tagte und während Deutschland in den Kommissionen und Unterkommissionen vertreten war, die auf der Grundlage der Bedingungen von Cannes den europäischen Frieden mit Russland behandeln sollten, haben die deutschen Vertreter ohne Wissen ihrer Kollegen insgeheim (?) einen Vertrag mit Russland geschlossen, der jene speziellen Fragen ins Auge faßt, die die deutsche Delegation in loyaler Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Länder zu erörtern verpflichtet gewesen wäre. Dieser Vertrag ist nicht abhängig gemacht worden von irgend einer Prüfung oder Befähigung durch die Konferenz. Wir müssen annehmen, daß er endgültig ist. Es handelt sich also in Wahrheit um eine Verletzung einiger der Grundsätze, auf denen die Konferenz beruht. Unter diesen Umständen betrachten wir die Unterzeichneten nicht als gerecht und billig, daß Deutschland, das eine besondere Abmachung mit Russland geschlossen hat, an der Erörterung einer Abmachung zwischen ihren Ländern und Russland teilnehmen könnte. Sie schließen also daraus, daß die deutschen Delegierten die Absicht haben, auf die fernere Teilnahme an der Erörterung von Abmachungen zwischen den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern und Russland zu verzichten. Lloyd George, Facta, Barthou, Theunis, Venesich, Strumunt, Rinskisch, Diamondi, Mhl.

Berliner Stimmen zur Protokollnote der Entente.

Berlin, 19. April. Wie die Blätter aus Genua melden, kamen die juristischen Sachverständigen der Entente, die die Aufgabe hatten, zu prüfen, ob der deutsch-russische Vertrag mit dem Friedensvertrag von Versailles in Widerspruch stehe, zu dem Resultat, daß keine Verletzung des Friedensvertrags von Seiten Deutschlands vorliege. Die an Deutschland gerichtete Note stütze sich daher lediglich darauf, daß Deutschland die Beschlüsse von Cannes außer Acht gelassen habe. — Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Note ebenso schwach in ihrem Inhalt, wie stark in ihrem Ton. Die „hinterlässigen“ geführten Verhandlungen seien den Alliierten bekannt gewesen. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, stellt man in den Kreisen der deutschen Delegation fest, daß der Beschluß, Deutschland aus der Kommission, die sich mit der russischen Frage befaßt, auszuschließen, nur von dem Plenum der Konferenz gefaßt werden könne. Es werde mit einem Einspruch der Neutralen gegen den Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen mit Russland gerechnet. — Laut „Vossischer Zeitung“ soll den Deutschen auch mitgeteilt worden sein, niemand in Genua erwarte, daß die Deutschen auf Grund der Note ihre Abreise beschließen sollten.

Frankreich will die Aufhebung des Vertrags fordern.

Genua, 18. April. Havas meldet: Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß Barthou, als er sich heute früh zur Sitzung begab, in der Lage war, seinen Kollegen den amtlichen französischen Standpunkt klarzulegen. Obgleich keiner der französischen Delegierten in dieser Hinsicht die geringste Erklärung hat abgeben wollen, bevor mit den alliierten Vertretern Fühlung genommen worden ist, so erscheint die Annahme naheliegend, daß Frankreich, das ohne Hintergedanken nach Genua gekommen sei, mit dem ausdrücklichen Wunsche, an dem Erfolg der Konferenz mitzuarbeiten, durch eine übereifte und unwiderrufliche Entscheidung ihren Ausgang endgültig gefährden möchte. Man darf demnach nicht erwarten, daß es seine Mitarbeit an dem gemeinsam begonnenen Werk sofort einstellen, ohne vorher versucht zu haben, es weiter zu verfolgen, wenn die Ereignisse Gelegenheit dazu bieten, und sich in den mit der Wahrung seiner Würde und seiner Interessen vereinbarenden Grenzen bewegen. Augenscheinlich kann das Resultat nur erreicht werden, wenn die neue, durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrags geschaffene Lage sofort geändert wird, beispielsweise durch eine einfache Aufhebung (!) dieses Abkommens unter Zustimmung beider Teile. Wenn Frankreich heute von seinen Alliierten fordert, gemeinsam mit ihm die Aufhebung des deutsch-russischen Vertrags zu fordern, so tut es im Grunde nichts anderes, als daß es die Verteidigung des Versailles Vertrags noch einmal in die Hand nimmt, der unbestreitbar durch mehrere

Klauseln des Sonderabkommens verletzt worden ist. Wie dem auch sei, die Zusammenkunft, die heute morgen stattfinden sollte, wurde abbestellt. Es wird eine Mitteilung über eine später stattfindende Sitzung ergehen.

Ruhigere Auffassung in London?

London, 19. April. Die Aeußerungen der gestrigen Abendpresse lassen auf eine ruhigere Beurteilung des deutsch-russischen Vertrags schließen. „Star“ zufolge läßt die in Genua entstandene Krise nach. Die britische Regierung sehe die Lage auf der Genueser Konferenz nicht als ernst an und hoffe, daß das Abkommen keinerlei Einwirkungen auf die Fortsetzung der Konferenz haben werde. In amtlichen Kreisen in London werde der Vertrag nur in soweit für dauernd erklärt, als er Frankreich Grund zu Vergernis gebe. Von hoher diplomatischer Seite sei darauf hingewiesen worden, daß das Abkommen gar nicht so verschieden sei von dem Abkommen, das Lloyd George bereit sein würde abzuschließen, wenn er vollkommen freie Hand hätte. Die französische Regierung werde dagegen in die Lage versetzt, dem französischen Volk die Erklärung zu geben, daß sie ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Russland vorausgesetzt habe und daß es natürlich möglich sei, daß daraus ein militärisches Bündnis folgen könne und daß daher ihr Standpunkt, daß die Aufrechterhaltung eines großen französischen Heeres notwendig sei, berechtigt sei. Diese Ansicht sei natürlich keinesfalls die der maßgebenden Kreise in London. Der deutsch-russische Vertrag gebe jedoch dem Dualismus die notwendige Rechtfertigung. — „Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel, der Abschluß des Vertrags sei die unvermeidliche Folge des Systems der Alliierten, Deutschland zu isolieren und zu vernichten. Es sei angebracht und natürlich, daß Deutschland bei der Wiederherstellung des russischen Wirtschaftslebens die Führung übernehme, denn Deutschland verfüge über die besten technischen und geographischen Vorteile.

London, 18. April. Der Sonderberichterstatter Reuters meldet über die in britischen Kreisen in Genua bezüglich des deutsch-russischen Vertrags herrschenden Ansichten, die Aktion Deutschlands sei durchaus nicht zu verteidigen und vollkommen unverständlich. Soweit Russland in Betracht komme, werde seine Lage in Genua nicht davon berührt. Man nehme an, daß die Verhandlungen mit der russischen Delegation fortgesetzt werden. — Einer weiteren Meldung des Sonderberichterstatters von Reuters Büro zufolge wird der Abschluß des deutsch-russischen Vertrags vermutlich nicht zum Abbruch der Konferenz führen.

Lloyd George für ruhige Ueberlegung.

London, 18. April. Einer gestern abend um 10.10 Uhr eingegangenen Reuter-Meldung zufolge trat Lloyd George in der gestrigen Nachmittagsitzung bereit für ruhige Ueberlegung ein und erklärte, daß keine Aktion unternommen werden dürfe, bevor sie nicht ernstlich erwogen sei.

Die Neutralen für Weiterführung der Konferenz.

Genua, 19. April. (Spezialbericht des WTB.) Wie der hiesige Vertreter der Schweizerischen Depeschagentur erzählt, beabsichtigen die Mitglieder der Unterkommission der ersten Kommission der Konferenz, die Herren Branting-Schweden und Motta-Schweiz, den Präsidenten der Kommission, Minister Schanze, mitzuteilen, daß es ihnen opportun erscheinen würde, wenn die Unterkommission zumamentreten würde, um Informationen einzuziehen und dadurch zu einer normalen Weiterführung der Konferenz beizutragen. Dieser Schritt ist angeregt worden durch einen Meinungsaustrausch, der zwischen den Delegierten Danemarks, Spaniens, Norwegens, der Niederlande, Schwedens und der Schweiz stattgefunden hat, um die durch den deutsch-russischen Vertrag geschaffene Lage zu prüfen.

Troß gegen Frankreichs ablehnende Haltung in der Abrüstungsfrage.

Moskau, 18. April. Die Ablehnung der in Genua an Frankreich gerichteten Forderung, abzurüsten, verursacht hier große Erregung. Die vorherrschende Stimmung kommt in einem Ameesbefehl Trozkis zum Ausdruck, in dem dieser sagt, Russland habe in Genua die Initiative zur allgemeinen Abrüstung ergriffen, aber sein Vorschlag sei von der Tagesordnung gestrichen und die Nachrichtenagenturen der Entente hätten versucht, den Vorschlag selbst totzuschweigen.

Der Vorschlag der russischen Delegation bedeute, daß Russland aufrichtig den Frieden wünsche und zur Abrüstung bereit sei, wenn die, die bisher über Russland hergefallen seien, gleichzeitig mit abzurüsten. Frankreichs Weigerung bedeute, daß die kapitalistischen Länder, vor allem das reichere Frankreich, eine mächtige Waffe zur Unterdrückung der Schwachen und Beherrschten in ihren Händen behalten wollten.

Deutschland.

Rapp verhaftet.

Stettin, 18. April. Gestern nachmittag um 3 Uhr ist Dr. Rapp von Schweden kommend in Stettin eingetroffen und beim Verlassen des Fährschiffs auf Grund des seinerzeit erlassenen Steckbriefes verhaftet worden. Er ist sodann mit dem D-Zug Stralsund-Berlin nach Leipzig gebracht worden.

Berlin, 19. April. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist Rapp, der an einer Augenkrankheit leidet, der Leipziger Universitätsklinik zugeführt worden, wo seine Heilfähigkeit geprüft werden soll.

Ermordung zweier Türken durch Armenier.

Berlin, 18. April. Heute nacht kurz nach 12 Uhr wurden in der Uhländstraße die türkischen Staatsangehörigen Djemal Azmy Bey und Baha Eddin Chakir ermordet. Djemal Azmy Bey war früher Generalgouverneur von Trapezunt und Baha Eddin Chakir leitendes Mitglied des türkischen Komitees Union Progres. Die Mordtat dürfte auf politische Beweggründe zurückzuführen sein. Sie ist vermutlich von hier lebenden Armeniern verübt worden. Nach Aussagen von Augenzeugen kommen als Täter drei schlank mittelgroße dunkelblonde Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren in Betracht. Diese drei Leute flüchteten unmittelbar nach der Tat von der Uhländstraße aus nach der Ludwigskirchstraße. Am Tatort wurde eine armenische Mehrladepistole gefunden. Der Polizeipräsident hat dem eine Belohnung von 2000 M zugesichert, der zur Ermittlung der unbekannt Namen beiträgt. — Durch die Freisprechung des Mörders Talaat Paschas ist ein Vorgang geschaffen worden, der uns gegebenenfalls in eine unangenehme Situation bringen kann, eine Warnung für Gefährdete. Politisch können diese Fälle ebenfalls gegen uns ausgeschaltet werden.

Berlin, 18. April. Zu der Ermordung Djemal Azmy Bey und Baha Eddin Chakir wird noch mitgeteilt: Ersterer wohnte seit 3 Jahren mit seiner Frau und 3 Söhnen, letzterer mit seiner Frau und 2 Kindern in Berlin. Beide Familien, sowie die Witwe des ermordeten Talaat Pascha nahmen gestern abend an einer von dem früheren Generalgouverneur von Beirut veranstalteten Familienfeier teil. Als die Teilnehmer nach Hause zurückkehrten, traten aus einer Türnische 2 Männer heraus, die zunächst die in der Mitte gehende Witwe Talaat Paschas zurücktriften und dann Kemal Azmy Bey und Baha Eddin Chakir durch Schüsse niederstreckten. Die Frauen und Kinder brachen vor Schreck ebenfalls zusammen oder versielen in Schreie. Ein Schankwirt, der einen der davonlaufenden Männer verfolgen wollte, mußte davon Abstand nehmen, da dieser zwei Schüsse auf ihn abgab.

Berlin, 18. April. Im Zusammenhang mit der Ermordung der beiden jungtürkischen Politiker in der Uhländstraße ist, wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, im Laufe des Vormittags eine Reihe von Armeniern — im ganzen etwa 10 bis 15 — von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Verhafteten sind Mitglieder einer armenischen Geheimorganisation, die in Berlin regelmäßige Zusammenkünfte veranstaltete. Es sollen zahlreiche weitere Verhaftungen bedürftig sein.

Ein Polenführer in Gleiwitz ermordet.

Gleiwitz, 18. April. Heute wurde der als Polenführer bekannte praktische Arzt Dr. Stępczyński in seinem Sprechzimmer erschossen. Die interalliierte Kommission verhängte darauf über Stadt und Kreis Gleiwitz, sowie über den Kreis Hindenburg den Belagerungszustand.

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.

„Als sie ihn näher kennen gelernt hernach und seine anderen guten Eigenschaften zu würdigen gelernt hatte, ihn für sich zu behalten. Sie liebte ihn heute wie einen Sohn und überschüttete ihn mit Beweisen ihrer Gnade. Du erinnerst Dich, vor etwa drei Jahren schon einmal verbreitete sich das Gerücht, Wahlendorf würde die Prinzessin Aurelie heiraten. Es hieß, er sollte ihr zur linken Hand angetraut werden, weil der König zu einer andern Form der Ehe, zwischen einer seinem Hause so nahe verwandten Prinzessin und einem Untertan, seine Einwilligung nicht geben wollte. Es wurde damals viel von diesem Gerücht gesprochen in allen Kreisen. Viele hielten es für wahr, denn die Neigung der Prinzessin zu dem Kammerherrn ihrer Tante war für niemanden ein Geheimnis, der in die hiesigen Verhältnisse eingeweiht war. Es kam auch etwas davon in die öffentlichen Blätter — die Geschichte verlief aber hernach im Sande und man behauptete zuletzt, das ganze Gerücht sei nur eine müßige Erfindung gewesen. Als dann ab und zu dasselbe Gerücht mit einer gewissen Hartnäckigkeit immer wieder auftauchte, suchte jedermann darüber die Achsel. Nun, lieber Max, — (was ich Dir hier sage, bleibt aber natürlich ganz unter uns) — Frau Yama hatte dieses Mal doch nicht gelogen; es war in der Tat etwas Wahres an diesen Gerüchten. Prinzessin Aurelie, sonst sanft wie ein Lamm, war es nämlich zu Ohren gekommen, daß ihr angebeteter Kammerherr sich an ihrer platonischen Liebe nicht genügen ließ, daß er hier und dort ein wenig über die Stränge schlug. Es war ja unter unserer leicht erregbaren Frauenwelt geradezu Modesache, für den schönen Wahlendorf zu schwärmen, und ihre Eifersucht daher nicht ohne einigen Grund. Das unerfahrene und liebe-süchtige Mädchen glaubte jenen von derlei kleinen Engage-

ments am wirksamsten dadurch zu kurieren, daß sie ihn fröhlich heiratete, sie setzte Kopf und Krage daran, ihn in das Joch zu spannen.

„Man will nun wissen, und ganz unter uns, es ist dies abermals keine Erfindung, daß Prinzessin Aurelie noch immer auf diesem Plane beharrt, fester wie je sogar, und daß es bei ihr bereits oben zum Schornstein heraus brennt.“

„Teufel, Teufel! — dieser Wahlendorf!“ grunzte der Rittmeister, dem die Augen ordentlich aus den Höhlen herausstrauten voll Bewunderung.

„Ja, Max — es ist dies eine eigentümliche Geschichte. — Nun, ich meine aber, die arme Prinzessin schmachtet umsonst. Eine Zeitlang soll der Kammerherr, geschmeichelt und geblendet durch die Aussicht, dem königlichen Hause durch eine Heirat nahe zu treten und durch das große Vermögen der Prinzessin, vielleicht erweicht auch durch deren Liebespein, in der Tat die Absicht gehabt haben, auf eine solche morganatische Verbindung einzugehen. War es aber nun der Einfluß der alten Prinzessin, seine Angst, dem Könige zu mißfallen, welcher sehr gegen solche Verbindungen eingenommen ist, oder etwas anderes, — kurzum, der schlaue Adonis machte plötzlich Front — ich weiß das alles aus bester Quelle — und erklärte, sein Stolz und seine Ueberzeugung verböten ihm, eine Ehe zur linken Hand einzugehen, er könne nur als ebenbürtiger Gatte ein Weib sein eigen nennen.“

„Im Grunde verpflichtete sich Wahlendorf damit den Hof und zog sich klug aus der Affäre, denn wohlhabend und ein Frauenliebhaber wie er ist, wäre er ein Narr gewesen, wenn er um des Glanzes willen sich an die ehe-süchtige, alternde prinzipliche Jungfer gekettet hätte, die ihm wahrscheinlich eine verlebte Hölle im Hause bereiten würde.“

„Teufel, Teufel!“ kicherte der Rittmeister mit halb zugebrückten Augen und rieb sich geräuschvoll die Hände.

„Auf diese Weise sieht der Kammerherr bei Hofe in einer vortrefflichen Affäre, — der König verlieh ihm damals das Hauskreuz zweiter Klasse für das ausgeschlagene Ehekreuz, eine unerhörte Auszeichnung, — und Prinzessin Friederike überschüttet ihn mit Geschenken, während ihre unglückliche Nichte sich allerdings die Augen ausweint.“

„Nun, Max, — aber ich rechne in der Tat auf Deine vollste Verschwiegenheit.“

„O... ich bitte Dich, ... na, natürlich ... natürlich!“ polterte der Rittmeister heraus.

„Seit kurzem haben wir hier jenen Dir ja auch bekannten Marquis de Senga-Costa mit seiner hochinteressanten Tochter Donna Mariquita. Das neue Gestirn erschien zu Anfang des Winters bei Hofe, warm empfohlen, wie es heißt, und von dem spanischen Konsul vorgestellt, — reich und interessant... Von der ersten Stunde an flatterte der schöne Kammerherr in die Netze jener Senorita. Ihre dunklen Augen, jene halb trägen, halb schmachttenden Blicke, gleich denen der müden Löwin, haben es dem Schmetterlinge angetan und ich glaube, er ist jetzt so ernstlich in die Fremde verliebt, wie er dies zu sein überhaupt nur im Stande ist. Er gibt vollen Dampf diesmal.“

„Nach allem, was vorgegangen ist, kannst Du Dir denken, in welcher Verzweiflung sich die arme Prinzessin Aurelie befindet, unter deren eigenen Augen, beim ersten Hinschauen nämlich, sich diese Neigung anpann.“

„Sm“ brumnte der Rittmeister und drückte seinen Kneifer fester in das Auge, „das ist ja ein vollständiger Roman, was Du mir da erzählst. Davon weiß ich ja kein Wort. Ich denke, der Rittmeister macht der die Court?“

„Ja, — ein Roman, Max, ganz recht; wir befinden uns mitten darin — wir halten sogar ein Stückchen ihn mitspielen getern, und sehr neugierig bin ich auf die Entwicklung desselben.“ (Fortsetzung folgt.)

Zu
(S. 23.)
Metallindustrie
finden in Be
ministers Br
Wirtschaftssta
statt. Dieje
schaftsvertre
anzunehmen.
arbeitsminis
stündige reg
stung einer
Notwendigke
rat zustimm
lehnt. Gest
tags stattge
teien (ohne
Kommission
ein Kompro
die 48stündi
tern weitgeh
an der grun
terte, über
die Arbeitge
aufgegeben
der Arbeitge
mittlungsver
gende letzte
Gesamtverba
die 47stündi
1. Juni 192
Bayern: Die
festgesetzte
gewährt. Die
abkommen b
Arbeit werd
Betrag von
spruch vom
umrechnung
des. Für U
Betriebe auf
bruar eine
ein Angebot
Jahren für
gung über
die übrigen
in Stuttgart
kündigten U
lung des ne
Mannheim-S
bidung bild
Schiedsprud
tarifvertrags
des Urlaubs
ständnisse
eingeführt.
schaftsvertre
ist anzunehm
legschaften d
geber Stellu
(S. 23.)
Metallarbei
nächsten Do
nur eine Zu
für Württer
werden soll.
(S. 23.)
Metallarbei
allen Umfä
vom Gemein
den unentge
standarbeit
Elektrizität
deren Notfä
ten zu gewä

Zum Metallarbeiterstreik.

(SGB.) Stuttgart, 15. April. Vom Verband württ. Metallindustrieller wird mitgeteilt: Am 12. und 13. April fanden in Heidelberg unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Brauns Verhandlungen zwecks Beilegung des Wirtschaftsstampfes in der süddeutschen Metallindustrie statt. Dieselben führten zu keiner Einigung, da die Gewerkschaftsvertreter es ablehnten, die 48stündige Arbeitszeit anzunehmen. Ein am Abend des ersten Tages vom Reichsarbeitsminister gemachter Vergleichsvorschlag, der eine 47stündige regelmäßige Arbeitszeit vorsah neben der Leistung einer weiteren wöchentlichen Ueberstunde, sofern die Notwendigkeit der Ueberarbeit vorliege und der Arbeiter zustimme, wurde schließlich von beiden Seiten abgelehnt. Eine am Vormittag des zweiten Verhandlungstages stattgefundene direkte Aussprache zwischen den Parteien (ohne den Reichsarbeitsminister) in einer kleinen Kommission ergab, daß jeder Vorschlag der Arbeitgeber, ein Kompromiß zu suchen, das einerseits den Arbeitgebern die 48stündige Wochenarbeitszeit, andererseits den Arbeitern weitgehende Lohn- und Urlaubszugeständnisse bringe, an der grundsätzlichen Weigerung der Gewerkschaften scheiterte, über Lohn und Urlaub überhaupt zu verhandeln, ehe die Arbeitgeber ihren Standpunkt in der Arbeitszeitfrage aufgegeben hätten. Bei dieser Sachlage war nach Ansicht der Arbeitgeber auch kein Boden mehr für weitere Vermittlungsversuche vorhanden und sie gaben deshalb folgende letzte Erklärung ab: Die Süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller schlägt vor, die 47stündige Arbeitszeit sofort und die 48stündige ab 1. Juni 1922 einzuführen. Außerdem wird erklärt: Für Bayern: Die im Schiedsspruch vom 3. bzw. 4. März 1922 festgesetzten Lohnerhöhungen werden ab 20. Februar 1922 gewährt. Die Verhandlungen über das bayerische Kollektivabkommen beginnen sofort. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit werden weitere neue Lohnerhöhungen gewährt im Betrag von 125 Proz. derjenigen Sätze, die im Schiedsspruch vom 3. bzw. 4. März festgesetzt sind. Die Umrechnung erfolgt nach den Grundätzen des Schiedsspruches. Für Württemberg: Es wird mit der Eröffnung der Betriebe außer den Sätzen des Schiedsspruches vom 24. Februar eine weitere Lohnzusage gewährt, über deren Höhe ein Angebot mit 3,50 M für den Arbeiter mit 25 und mehr Jahren für die Stunde gemacht wird. Zwecks Verständigung über die Höhe der Zulage und ihre Abstufung für die übrigen Altersklassen und die Arbeiterinnen soll sofort in Stuttgart verhandelt werden. Die Regelung der gekündigten Urlaubsbestimmungen soll entsprechend der Fassung des neuen Heidelberger Abkommens erfolgen. Für Mannheim-Ludwigshafen: Die Grundlage einer Verständigung bildet der in Karlsruhe am 28. März gefällte Schiedsspruch. Die Bestimmungen des bisherigen Rahmenarbeitsvertrags werden aufrecht erhalten und nur hinsichtlich des Urlaubs die für die Arbeitnehmer günstigeren Zugeständnisse für das neue Heidelberger Kollektivabkommen eingeführt. Auch dieser Vorschlag wurde von den Gewerkschaftsvertretern wegen der Arbeitszeitfrage abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß nunmehr die im Streik stehenden Betriebsräte der Betriebe selbst zu dem Vorschlag der Arbeitgeber Stellung nehmen werden.

(SGB.) Stuttgart, 17. April. Die Urabstimmung der Metallarbeiter über die Heidelberger Vorschläge wird am nächsten Donnerstag erfolgen. Am Dienstag ist zunächst nur eine Funktorkonferenz des Metallarbeiterverbandes für Württemberg, auf der zur Lage Stellung genommen werden soll.

(SGB.) Heiltingen, 18. April. Die hiesigen streikenden Metallarbeiter nahmen eine Entschliefung an, daß unter allen Umständen der Kampf weitergeführt werden soll. Vom Gemeinderat wurde gefordert, Kindern der Streikenden unentgeltlich Milch zu liefern, für Familienväter Notstandsarbeiten einzurichten, die Gebühren für Gas und Elektrizität während des Streiks zu stunden und in besonderen Notfällen durch das Fürsorgeamt Wirtschaftsbeihilfen zu gewähren.

Achtstundentag und Zeitlohn.

* Der frühere Gemeindepolitiker und Sozialistenführer Dr. Lindemann-Stuttgart, der jetzt Professor an der Hochschule für Sozialpolitik in Köln ist, schreibt in den sozialistischen Monatsheften über obiges Thema folgendes:

„Als wir in der Vorkriegszeit den Achtstundentag forderten, gingen wir alle von einer voll leistungsfähigen Arbeitskraft und einem in voller Entwicklung befindlichen Produktionsapparat aus. Wir glaubten ein Sinken der Produktionsmengen durch Intensivierung der Arbeit, Aenderung des Prozesses, Einführung von neuen Maschinen usw. verhindern zu können. Es bleibe dahingestellt, ob wir bei der Untersuchung des Problems uns nicht zu einseitig auf die Fabrikindustrie eingestellt und die großen außerhalb liegenden Erwerbszweige vernachlässigt hatten. Ist aber die Produktivität der Arbeit durch Intensivierung der Arbeit nicht zu steigern, wie das heute der Fall ist, (und ihr fehlt der Ernährungs- und psychische Zustand der Bevölkerung entgegen, der die gesteigerte körperliche und psychische Leistung einfach nicht zuläßt), so gibt es nur die Alternative: entweder den Arbeitstag vorübergehend wieder zu verlängern und so das Produktionsquantum zu vergrößern oder die Lebenshaltung dem verringerten Produktionsquantum anzupassen, das heißt, den Hungerzustand chronisch zu machen. Es ist in der Fabrikindustrie für den geschwächten Körper ohne Zweifel leichter möglich, bei geringerem Tempo mit Einsetzen von Arbeitspausen längere Zeit als acht Stunden zu arbeiten, als bei gesteigertem Tempo unter Zusammenbrängung der Arbeitszeit in einen kürzeren Arbeitstag die acht Stunden durchzuhalten. Wir müssen aber einen Weg suchen, auf dem wir zu einer stärkeren Produktion gelangen, wollen wir die Lebenshaltung wieder erhöhen und (das ist ein neues Moment, das hier in seiner ganzen Schwere angeführt werden muß), die äußeren und namentlich auch die inneren Reparationen leisten. Der einzige Weg dazu ist größere Arbeitsleistung. Sie kann

Ämtliche Bekanntmachung.

Oberamt Calw.

Aufhebung der Reisebrotmarken.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat am 3. April 1922 seine auf Grund des § 50 Absatz 2 der Bekanntmachung über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 vom 29. Juni 1916 erlassenen Anordnungen vom 14. September 1916 R. M. 2029 und die Einführung von Reichsreisbrotmarken und die seitdem über die Brotversorgung im Reiseverkehr erlassenen Bestimmungen aufgehoben, da jetzt die Möglichkeit besteht, sich auf Reisen mit markenfreiem Brot zu einem Preis zu versorgen, der nicht wesentlich den Preis für rationiertes Brot übersteigt. Die Ausgabe von Reichsreisbrotmarken durch die örtlichen Kartenabgabestellen ist daher mit sofortiger Wirkung eingestellt worden. Dagegen können die Reichsreisbrotmarken, die sich noch im Besitze der Versorgungsberechtigten befinden, bis einschließlich 20. April 1922 bei den Bäckern und Mehlhändlern gegen Mehl und Brot eingelöst werden. Nach diesem Zeitpunkt findet eine Einlösung von Reichsreisbrotmarken nicht mehr statt. Zur besonderen Versorgung der Binnenschiffer mit Brot werden an die letzteren besondere Schifferbrotmarken von den örtlichen Kartenabgabestellen im Umtausch gegen Kommunalverbandsbrotmarken ausgegeben.

Calw, den 15. April 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

aber heute nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden.

Die Rechnung ist sehr einfach: Vor dem Kriege war eine in den einzelnen Gewerbezweigen verschieden lange, aber im allgemeinen um zehn Stunden herumliegende Arbeitszeit nötig, um die allmählich sich bessernde, aber, wenn wir die großen Massen betrachten, gewiß nicht übermäßig hohe Lebenshaltung aufzubringen. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklassen war ungeschwächt. Bei stark geschwächter Arbeitskraft, bei Zerkünderung unserer Produktions- und Handelsapparates soll jetzt eine wesentlich niedrigere Arbeitszeit ausreichen, um nicht nur das gleiche zu schaffen, sondern auch die gewaltige Wiedergutmachung zu leisten, die nur bei einer ungeheuren Vergrößerung unserer Produktionsapparates geleistet werden kann. Es ist unmöglich, das Unmögliche von einem Wunder zu erwarten. In dieser Lage sind alle, die dieses Wunder von dem schematisch, ohne Differenzierung der besonderen Produktionsarten, durchgeführten Achtstundentag erwarten. Es gibt in der Ökonomie kein Wunder, weder für den einzelnen, noch für eine Klasse, noch für ein Volk. Nur Arbeit schmiedet das Schicksal. Nur zwei Beispiele: Unsere Industrien, unsere Haushaltungen leiden schwer unter dem Kohlenmangel. Ein großer geistiger Aufwand wird auf kohlensparende Heizungsanlagen, Erfindung von Kohlenersatzstoffen usw. vertan. Die Arbeiterzahl im Ruhrgebiet ist um 21 Proz. erhöht, aber die Arbeiter lehnen es ab, durch längere Arbeitszeit die Kohlen zu fördern, die unsere Wirtschaft braucht. Wir leiden unter schwerstem Wohnungsangel. Das Baugewerbe ist ein Saisongewerbe. Am 4 Uhr nachmittags legt der Bauarbeiter sein Handwerkzeug fort, läßt Wohnungsnot Wohnungsnot sein. Sollte er aber nicht an die Allgemeinheit, sollte er nicht vor allem an seine Arbeitsgenossen denken, die keine Wohnung finden? Die Dauer der Arbeitszeit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Ganzen und der einzelnen Gewerbezweige anzupassen und eine längere Arbeitszeit nicht mit Widerstreben, sondern aus der begründeten Erkenntnis heraus auf sich zu nehmen, daß nur so unser Volk, daß nur so die Arbeiterklasse selbst gerettet werden kann: das scheint mir die wichtigste Aufgabe dieser Klassen und ihrer Organisationen zu sein.

Eng mit der Arbeitspolitik hängt die Lohnpolitik zusammen. Auch ihre Maßregeln müssen so abgestimmt sein, daß sie die Produktivität der Arbeit steigern. Daß die Bekämpfung des Arbeitslohnes wie der Prämienzuschläge durch unsere gewerkschaftlichen Organisationen unter den Bedingungen, wie sie der Zusammenbruch geschaffen hat, ein Fehler war, hat die Einführung des Tagelohnes nach der Revolution und der mit ihm verbundene gewaltige Produktionsrückgang aufs Klarste bewiesen. Gerade wenn man den Achtstundentag einführt, hätte man durch eine ausgleichende Ausbildung des Lohnsystems den Anreiz zu intensiver Arbeit verstärken müssen. Auch hier zwingt das Erfordernis gesteigerter Produktion zu einem völligen Umlernen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. April 1922.

Dienstmacht.

Die Fachlehrerin Braun von Calw wurde in den Ruhestand versetzt.

Calwer Musikfreunde auswärts.

Dem „Widbader Tagblatt“ entnehmen wir: Zu einem musikalischen Abend hat am 10. ds. Mts. die Militär-Verjorgungskuranstalt ihre Patienten und Gäste im Festsaal verammelt. Die Herren Bögel, E. und H. Hölder und Wagner waren aus Calw herübergekommen, Frl. Britta Nilson aus Karlstrona (Schweden) hatte in liebenswürdigster Weise ihre Mitwirkung zugesagt. Schon das 1. Stück, das recht schwierige B-dur-Trio op. 99 von Schubert zeigte, daß die Calwer Künstler sich an ernsthafte Aufgaben heranwagen dürfen. Besonders im 2. Satz brachten die beiden Brüder Hölder das wunderbare Wechselspiel zwischen Violine und Cello zu voller künstlerischer Entfaltung. Tsch-

nisches Können und Auffassung erfreuten in gleicher Weise. Zwei Schumann-Lieder wurden von Frl. Nilson mit natürlicher und sehr klangvoller Stimme und mit feinem Musikverständnis zu Gehör gebracht. Besonders angenehm fiel die überaus deutliche Aussprache auf. Noch mehr Erfolg hatte die Sängerin mit 2 vollendet vorgetragenen schwedischen Volksliedern. Reichlicher Beifall veranlaßte sie, das Frühlingslied „Unter der Linde“ zu wiederholen. Das Klavierstück vom Mai 1828, eine recht wenig bekannte Schubertsche Komposition wurde von Herrn Bögel mit jenem musikalischen Empfinden und technisch einwandfrei vorgetragen. Herr B. erwies sich überhaupt als Solist, wie im Quartett und Trio, als ein Klavierspieler von nicht gewöhnlichem Können. Als Begleiter paßte er sich der Stimmung des Liedes und dem Vortrag der Sängerin vorzüglich an. Eine angenehme Ueberraschung war das Bratschen-Trio in es-dur von Mozart, von dem die Herren Helmut Hölder, Wagner und Bögel den 2. und 3. Satz temperamentvoll mit feinem Zusammenpiel zu Gehör brachten. Der Bratschenpart, der dem Stück die besondere Farbe gibt, wurde von Herrn Wagner verständnisvoll wiedergegeben. Zum Schluß vereinte das schöne Klavierquartett in G-moll von Mozart die 4 Künstler in harmonischem Zusammenspiel. Hier zeigten sie sich alle in musikalischer Auffassung, wie in der Technik, gleicher Weise auf der Höhe. Besonders Lob gebührt dem 1. Violisten H. Hölder. Alles in allem ein Ehrenabend für sämtliche Mitwirkende, die ein für Nichtberufsmusiker ungewöhnliches Können zeigten.

Kirchenkonzert in Liebenzell.

Am Karfreitag trat das erste Mal der neugegründete Kirchengesangsverein Liebenzell mit einem öffentlichen Konzert unter Leitung des kunstverständigen Hauptlehrers Haug in Ernstmühl auf den Plan. Erfahrungsgemäß bringt die Neuschöpfung eines solchen ernsten Musik treibenden Vereins immer reichliche Schwierigkeiten mit sich, besonders in heutiger Zeit. Um so mehr ist es zu bewundern, was der Leiter in der kurzen Zeit des Bestehens zusammengebracht hat. Wir begrüßen diesen neuen Verein und seine ernsthaft zu nehmende Kunstarbeit ganz besonders im Hinblick darauf, daß die Musik eines der notleidenden Kulturelemente der Gegenwart ist. Soll das Pflänzlein nicht ganz verkümmern, so ist dauernde und nicht immer dankbare Pflege der Musikverständigen notwendig. Schon die Zusammenstellung des Programms zeigte den sicheren, jedem Seichten abholden Geschmack des Herrn Haug. Naturgemäß kommt ein Dirigent bei der Auswahl des Passionsprogramms immer wieder auf die klassische Musik, die denn auch fast durchweg das Programm beherrschte. Wenn wir mit den Leistungen des Chors beginnen, so ist vorauszusetzen, daß bei einem so jungen Verein natürlich nicht der Maßstab angelegt werden darf, der an einen Jahrzehnte lang singenden Verein gelegt werden muß. Die größeren Chöre, die gesungen wurden, lagen jedenfalls schon an der Grenze des heute für den Verein Erreichbaren. Mit diesen Einschränkungen kann man aber dem Chor nur ein volles Lob zollen. Man sieht, welche Mühe der Leiter angewendet hat vom Alleräußerlichsten an bis zur Durchdringung des Chors mit der künstlerischen Auffassung. Bei einem längeren Zusammenarbeiten wird der Tonkörper sich noch besser auf den Willen des Dirigenten einstellen und seinem Stab williger folgen. Als Einzelsängerin für das Konzert war Frl. Ilka Knödel aus Stuttgart gewonnen worden. Ihr Gesang war etwas beeinträchtigt durch Erkältung, wodurch einzelne Töne unreinen Ansatz belamen. Wenn sie aber trotzdem ihre Aufgabe künstlerisch einwandfrei erfüllte, so zeigte sie damit, wieweil sie bei ihrem Lehrer Haas in Stuttgart gelernt hat. Sie verfügt über eine kerngesunde, frische Sopranstimme, der auch die hohe Lage keine Schwierigkeit macht. Besonders das schöne „Es ist vollbracht“ gelang ihr auch vorzüglich ausgezeichnet. Man darf der Zukunft dieser Sängerin mit Interesse entgegensehen. An der Orgel sah mit bemerkenswerter Fertigkeit Frl. Burk, die einheimische Künstlerin. Nur schade, daß die Orgel infolge des plötzlichen Witterungsumschlags arg verstimmt war; darunter litten sowohl die Einzelsänger als auch der Zusammenklang mit Chor und Instrumenten. Alle Achtung aber vor der persönlichen Leistung der Frl. Burk an ihrem Instrument. Herr Finanzrat Böcker (Sirsau), der nimmermüde Musikfreund mit der Flöte, Herr Oberlehrer Haug (Unterschlagstett) und Frl. Schmid (Liebenzell) mit der Violine, trugen zur Abrundung des Programms und zur Abwechslung in den einzelnen Nummern ein gutes Teil bei. Besonders erfreulich war, daß sich auch in Liebenzell ein kleines Orchester zusammengefügt hatte, das bei weiterem Zusammenspielen auch größeren Aufgaben gewachsen sein wird. So können wir also das Karfreitagkonzert im Rahmen der Musikpflege in unserem Bezirk aufs freudigste begrüßen. Wenn sich so überall die Kräfte regen würden, um gute Musik im Volk zu verbreiten, könnten wir ohne Sorge sein. Auch der Besuch des Konzerts war ein sehr zahlreicher, was für den fleißigen jungen Verein eine ganz besondere Aufmunterung bedeutet.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. April 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 3 Ochsen, 4 Kühe, 6 Rinder, 32 Kälber, 34 Schweine, 18 Schafe und 1 Ziege.

Brotpreis und Reichsgetreidestelle.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die irtüföhrende Behauptung, daß an dem gegenwärtig geltenden Brotpreis die Reichsgetreidestelle allein mit 40,44 Proz. beteiligt sei, findet immer noch Verbreitung. So schreibt die „Oberschwäbische Volkszeitung“ in ihrer Nr. 96 vom 8. April, daß die Reichsgetreidestelle „auf jedes Pfund Brot einen Zoll von M. 1,45“ erhebe. Demgegenüber wird wiederholt darauf hingewiesen, daß durch die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle der Mehlpreis nur um dreiviertel Pfennig für das Pfund verteuert wird. Wenn das Markenbrot trotzdem teurer ist als dem Preis des Umlagegetreides entsprechen würde, so rührt das einzig und allein daher, daß von der Reichsgetreidestelle zu dem Umlagegetreide noch 2 Millionen Tonnen Getreide im In- und Ausland zu hohen Preisen hinzugekauft werden müssen.

Kampf gegen die Getreideumlage.

Der engere Vorstand des Reichs-Landbundes hat in seiner jüngsten Sitzung in Berlin beschloffen, seine Mitglieder aufzufordern, sie sollten sich jeder Mitwirkung, auch bereits bei den Vorarbeiten, für eine irgendwie gestaltete Umlage an landwirtschaftlichen Erzeugnissen enthalten. Die Durchführung eines Umlageverfahrens werde gegen den Willen der organisierten Landwirtschaft unmöglich sein. Die Deckung des Brotgetreidebedarfs sei unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nur durch den freien Markt möglich.

Arbeitsmarktlage in Württemberg.

(Stuttg.) Stuttgart, 15. April. Die seit Juni v. Js. zu beobachtende fortschreitende Besserung der Lage des Arbeitsmarkts in Württemberg hat auch im März angehalten, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt: Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden betrug im März über 30 800 (im Februar gegen 32 200), die der Vermittlungen 15 300 (Februar 15 000). Im ganzen entfielen im März auf 100 offene Stellen nur 89 Stellensuchende (Februar 93); darunter kamen auf je 100 offene Stellen für Männer 104 (Februar 122), auf je 100 offene Stellen für Frauen 88 (Februar ebenfalls 68) Arbeitsuchende. Die Zahl der unterfügten Erwerbslosen (Vollunterstützungsempfänger) betrug am 1. April 699 gegenüber 1364 am 1. Februar.

Der erste Rheindampfer in Heilbronn.

(Stuttg.) Heilbronn, 17. April. Am Karfreitag nachmittags halb 4 Uhr traf der Rheinschraubendampfer „Gebrüder Pöge Nr. 9“ im Heilbronner Hafen ein. Der Dampfer gehört der Firma Gebrüder Pöge, Schleppschiffahrt in Mannheim und dient dem Schleppdienst auf der Strecke Basel-Rotterdam. Der Dampfer hatte Mannheim am Dienstag früh mit drei leeren Rähnen verlassen, fuhr an diesem Tage bis Schliesbach und am Mittwoch bis Eberbach. Am Donnerstag nachmittags 2 Uhr wurde Jagstfeld mit 2 Rähnen erreicht. Der Dampfer kehrte sofort wieder um und erreichte noch Hirschhorn, wo am Mittwoch ein Rahn zurückgelassen worden war. Am Freitag wurde die

Bergfahrt von Eberbach bis Heilbronn unternommen und zwar mit zwei Schleppfähnen, deren einer für Jagstfeld bestimmt war. Samstag früh 9 Uhr wurde die Rückreise nach Mannheim angetreten.

(Stuttg.) Nagold, 17. April. Die Oberpostdirektion hatte die Einstellung der Kraftwagenfahrpost Nagold-Herrenberg vom 1. Juni an für den Fall angeordnet, daß die Amtskörperschaft und die an der Strecke liegenden Gemeinden nicht den größten Teil des Jahresabmangels von annähernd 100 000 M auf sich nehmen. Herrenberg hat neulich schon abgelehnt. Nun ist auch der Nagolder Gemeinderat diesem Beispiel gefolgt.

(Stuttg.) Weilerstadt, 18. April. Einige Landwirte wetteten mit einem Fabrikarbeiter einen Sack Weizen mit 2 Ztr., wenn er ihn vom Gasthof zum Adler zum Bahnhof und wieder zurück ohne Unterbrechung trage. Der Arbeiter gewann die Wette und hatte damit einen Preis von 1600 Mark errungen.

(Stuttg.) Tübingen, 18. April. Auf der Zettlinger Steige wollte an einer scharfen Biegung ein Auto zwei Radlern, die in rasendem Tempo die Steige herabkamen, ausweichen. Dabei überschlug sich das Auto an einem Pressstein. Die Schwester des Stadtschultheißen Gerstenmaier von Urach wurde schwer verletzt und starb einige Zeit später in der Chirurgischen Klinik. Auch ihr Bruder, der das Auto lenkte, mußte mit schweren Verletzungen in die Klinik überführt werden. Einige andere Personen kamen mit dem Schrecken davon.

(Stuttg.) Ostmetzingen, 17. April. Die Ehefrau des Bauunternehmers Ludwig Gonsler wurde im Alter von 70 Jahren entseelt im Schlafzimmer vorgefunden. Die Verstorbene, die von einem Asthmaleiden heimgesucht war, erlitt vermutlich einen Anfall von Atemnot, fiel mit dem Gesicht in Bettstüde und erstickte, da niemand zur Hilfe in der Nähe war.

(Stuttg.) Heilbronn, 17. April. Vor dem Buchergericht standen 8 Angeklagte, darunter zwei Hauptschieber aus Frankfurt,

namens Martini und Horst, die in weniger als einem Vierteljahr über 100 Zentner Käse und Butter hier zusammengekauft und in etwa 70 Sendungen mit falschem Absendernamen, sowie an Destinationsort vom Salmertorbahnhof aus nach Frankfurt verschoben hatten, bis die Polizei dahinterkam. Martini und Horst erhielten je 7 Monate Gefängnis und 1000 M Geldstrafe. Die Mitangeklagten kamen teils mit Geldstrafen von 200-1000 M davon, teils wurden sie freigesprochen.

(Stuttg.) Ravensburg, 16. April. Der 72 Jahre alte in Mengen geborene und dort wohnhafte ledige Zimmermann Paul Fränkel erbrach eine im Wohnzimmer des Gärtners und Landwirts Karl Knittel stehende Kommode und entnahm die Barsumme von 125 000 M in Papiergeldscheinen. Die Strafkammer billigte ihm wegen seines hohen Alters und seiner bisherigen Straßlosigkeit mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht heute auf 292.80 M, der Schweizer Franken auf 56.53 M.

Landesproduktenbörse.

(Stuttg.) Stuttgart, 18. April. Die erste Börse nach den Feiertagen war schwach besucht. Es fanden nur wenig Umsätze statt. Es notierten 100 Kilogramm nominell ab württ. Stationen: württ. Weizen 1620-1650 M (10. April: 1650 bis 1670 M), Sommergerste 1425-1475 (unverändert), Hafer 1210-1240 M (unverändert), Weizenmehl Nr. 0 2225-2275 (2325-2345) M, Brotmehl 1925-1975 (2025 bis 2045) M, Kleie 880-900 M (unverändert), Heu 440 bis 460 (unverändert), Stroh 170-180 M (unverändert).

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.
Druck und Verlag der W. Zellhütter'schen Buchdruckerei Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Es besteht Veranlassung, auf die ortspolizeiliche Vorschrift vom 6. August 1884 hinzuweisen, wonach es bei einer Strafe bis zu 90 Mark

während des ganzen Jahres verboten ist, Hausgeflügel auf fremdem Eigentum laufen zu lassen.

Calw, den 15. April 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kohlenpreise für April noch nicht bekannt sind, konnten wir die

Strompreise

für diesen Monat noch nicht festsetzen. Sie werden jedoch voraussichtlich betragen:

für Kraft Mk. 4.50 }
für Licht Mk. 6.— } für 1 KWSt.

Ab 1. April 1922 beträgt die

monatliche Zähler-Miete

für 2-Phasenzähler Mk. 3.—,
für 3-Phasenzähler Mk. 5.—.

Station Leinach, 18. April 1922.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk
Leinach-Station.



Bezirks-Bienen-züchterverein Calw.

Am nächsten Sonntag, den 23. April nachmittags von 2 Uhr ab, findet im „Badischen Hof“ hier die

Frühjahrs-Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Jahres- und Rechenschaftsbericht.
2. Vorträge mit Lichtbildern der Herren Hauptlehrer Schick und Werner über Bau und Zucht der Biene.
3. Verschiedenes.

Den Mitgliedern ist Gelegenheit geboten, im Versammlungslokal

Bienengeräte u. Kunstwaben zu kaufen.

Zu zahlreichem Besuch werden sämtliche Bienenzüchter des Bezirkes und ganz besonders die Jungimker höflichst eingeladen.

Namens des Ausschusses:
Der Vorstand: S. Knecht.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

B.-G.

Donnerstag abend 8 Uhr im Kaffeehaus Zusammenstellung des Singchors.

Die Hälfte des angewiesenen Zuckers

ist eingetroffen und kann am Freitag, den 21. April 1922, bei Herrn Bäckmeister Ed. Pömer in Calw abgeholt werden. Säcke sind mitzubringen. Wer am Freitag den Zucker nicht abholt, hat keinen Anspruch mehr darauf.

Einkaufsgenossenschaft für das Bäckergewerbe Calw e. G. m. b. H.

Verloren!

Am Ostermontag ging auf der Staatsstraße von Stammheim zum Bahnhof Allhengen ein goldener Ring mit rötlichem Stein m. Familienwappen verloren.

Der ehrl. Finder wird gebeten, ihn im „Adler“ in Stammheim gegen eine Belohnung von 100 Mark abzugeben.

Verloren

Photoapparat zwischen Leinach (Waldweg) Bahnhof. Abzugeben gegen gute Belohnung Rud. Schweizer, Dentist, D. Weißenstein.

Wasserglas

geruchlos zu haben bei R. Hauber.

Ein Paar Läuferchweine

(je 1 Ztr.) zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Rötenbach. Ein 1/2 jähriges

Kind

verkauft. 30 J. Volz.

Evang. Gemeinde Calw.

Am Donnerstag, 20. April, abends 8 Uhr, wird der

Herr Prälat D. Schöll im Vereinshaus einen Vortrag

halten. Die evang. Gemeinde und besonders die Mitglieder des Ev. Volksbundes werden zu zahlreicher Teilnahme eingeladen.

Dekan Jeller.

Kinder lernen leicht

laufen wenn als stärkende, leichte Einreibung der Beinmuskeln und Sehnen Dr. Baileb's extra stark er Arnika-Franzbranntwein angewendet wird. Zu haben in der Ritter-Drogerie.

Einen kräftigen Jungen

nimmt in die Lehre. Jakob Volz, Maurer- u. Steinhauermeister, Allhengen.

Rutscher

(16-18 Jahre alt) für Arzt auf dem Lande gesucht. Näheres bei Oberlehrer Seebert.

Fabriknecht

per sofort gesucht, ferner einige

Tagelöhner

Leinach, Mineralquellen

15 Stück 14 Tage alte

Gänse

verkauft. Bäckermeister Hesse, Bad Liebenzell.

Neuhengstett. Verkaufe ein schönes, 1 1/2 jähriges

Zucht-Rind

sowie einen 6 Monate alten mütterlichen

Zucht-Sarren.

Emil Nyasse, a. „Röfle“.

Mädchen-Gesuch.

Fleißiges eheliches Mädchen, 16-20 Jahre alt, nach Neulungen gesucht. Nähere Auskunft erteilt Frau Marie Schnürle, Bäckerei.

Kräftiger Junge,

der das Bäckerhandwerk erlernen will, auf sofort oder 1. Mai gesucht.

Bäckerei und Konditorei Röllmar, Pforzheim, Westl. Karl Friedr.-Str. 39.

Einen jüngeren Pferdetracht

sucht bei hohem Lohn und guter Verpflegung.

Joseph Sost, Tiefenbronn Pforzheim.

Jüngerer, arbeitswilliger Bursche

als Hausbursche auf 1. Mai gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gebrauchten Sofa

verkauft. Wer jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für 2 Schlosser suche ich

Schlafstelle

mit je 1 oder zusammen 2 Betten. Wilt. Wachenhuth, Biergasse.

Stenografie-Unterricht

(Gabelsberg), Anf. u. Redeschritt erteilt. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Carl Mezger
Olga Mezger
geb. Denzel
Vermählte

Calw, 18. April 1922

„Badischer Hof“

Montag, 24. April, 8 Uhr

Tanz-Abend

der Schule

HERION

Stuttgart

Karten zu Mk. 10.50, 8.70, 5.60 (einschl. Steuer) in der Buchhandlung Häussler.

Verkaufe 5 Ztr. Dehmd.

Näheres in der Gesch. ds. Bl.

3 Ziegen-Lämmer

zur Zucht geeignet, verkauft Eisenbahningenieur Dautenmann.

Eine gute Kuh- und Schaff-Kuh

trächtig oder eine schöne

Ralbin, gut angewöhnt, verkauft Chr. Stürner, Teuchelweg

Mitteilungen, Postkarten

liefert rasch u. billig die

Tagblatt-Druckerei

Nr. 91.

Calw

Die Lage in... auch noch... kommen, das... den Vertrag... auch gegen... der Konferenz... mit Rußland... soll heute... leicht zu ein... deutscher... tigen Verha... Londoner... wohl bewu... land enthält... gen war.

Frankreich ma... als politische... haftes Ablo... Reparations... rufen, um d... klärt, die M... schen Fragen... nicht annu...

Um... * Das wir... jetrußland... denn durch... gezeigt, daß... Alliierten a... zu lassen. T... der beiden... Staaten, da... gen wirtscha... Rußland lag... es bei seine... stimmte Bo... auf die Rep... gegenseitigen... Kriegen und... der wirtscha... diplomatische... Anerkennung... darauf, daß... wirtschaftlich... lassen wollte... hen von der... für Deutsche... und zwar in... auch offen... Erdrosselung... nur passiv z... in Genua a... Kl. Entente... und sich au... das russische... zuweisen, die... mit den Ru... Verhandlung... der Sowjetd... in Berlin ha... eigentlich sel... den Staaten... beutungsobj... nahme in G... gegenüber unt... die gute Be... Rathenau u... Wirtschaftsw... Abschluß geb... jen wollte. Deutschlands Frage vorge... auf die Gesa... Absichten ze... wirtschaftlich... Wohl der... sprechend au... sten betrachte... etwaige sich